

Manifest der KAB DV Trier zur bundesweiten Großdemonstration am 17. September 2016 für einen gerechten Welthandel – gegen die (Un)Freihandelsabkommen TTIP / CETA / TISA

Worum geht es?

Die Freihandelsabkommen TTIP / CETA / TISA sind ihrem Wesen nach angelegt auf die rigorose Verfestigung und Unumkehrbarmachung des neoliberalen/marktradikalen Wirtschaftssystems, das geprägt ist von Konkurrenz, innewohnendem Wachstumszwang, permanenter Profitmaximierung und ungebremster Kapitalakkumulation. Dieses System stellt sich faktisch immer mehr dar als eine Wirtschaft der Ausschließung. Wenn sich die Befürworter der Freihandelsabkommen durchsetzen, werden die Menschen und die Natur in vollkommener Weise zugerichtet auf die Interessen des Kapitals.

Die Freihandelsabkommen müssen gestoppt werden! Wir wollen keinen Abbau des Verbraucher-, Umweltschutzes und der Arbeitnehmerrechte.

Wir wollen kein Gen-Essen, kein Hormonfleisch.

Wir wollen nicht, dass Pflanzenschutzmittel und Biozide, toxische, krebserregende und fortpflanzungsschädigende Stoffe, die in der EU nicht mehr zulassungsfähig sind, durch diese Freihandelsabkommen wieder aktuell werden.

Wir wollen keine laschen/lässigen Grenzwerte für Chemikalienrückstände in Futtermitteln.

Wir wollen kein Fracking und nicht, dass in der EU bestehende Stoffverbote, unter anderem für Elektrogeräte, insbesondere für den Einsatz von Schwermetallen wie Quecksilber und Blei, an Wirkung verlieren, weil diese Stoffverbote in den USA nicht flächendeckend gelten.

Kurz und gut: Wir wollen im Umweltschutz das Vorsorgeprinzip (Vorsichtsprinzip) der EU und keinesfalls den 'risikobasierten' Ansatz der USA, wonach ein Stoff so lange verwendet werden kann, bis eine von ihm ausgehende beträchtliche Gefahr „wissenschaftsbasiert“ zweifelsfrei nachgewiesen ist.

Wir wollen keine internationalen Schiedsgerichte als Paralleljustiz mit Sonderklagerechten für Konzerne/Investoren, keine Regulatorische Kooperation, keine Stillstands- und Sperrklinken-Klauseln, keine Negativlisten, die letztlich alle nur ein Ziel haben: die demokratischen Rechte der Parlamente und somit die demokratischen Rechte der Menschen auszuzehren und außer Kraft zu setzen.

Unsere Hauptkritikpunkte sind:

Gewerkschaften und NGOs haben im Gegensatz zu den Konzernen/Investoren keine Klagemöglichkeit für ihre berechtigten Interessen! Das Kapital klagt. Die Betroffenen haben zu dulden und zu leiden!

Ein „Regulierungsrat“ aus nicht gewählten Bürokraten soll Gesetzesvorhaben daraufhin prüfen, ob sie Handelsinteressen beeinträchtigen können. Wirtschaftslobbyisten wird damit Tür und Tor geöffnet, unliebsame Gesetzesentwürfe aus dem Verkehr zu ziehen - noch bevor Parlamente und Öffentlichkeit davon erfahren. Sogar eine nachträgliche Veränderung oder Erweiterung der Verträge ohne demokratische Kontrolle ist möglich.

Stillstands- und Sperrklinken-Klauseln sollen dafür sorgen, dass einmal deregulierte und privatisierte Bereiche unumkehrbar in diesem Zustand verbleiben. Ein demokratisches Rückholrecht soll so vermieden werden.

Die Freihandelsabkommen listen nicht (positiv) die zu liberalisierenden Bereiche auf, sondern nur die Ausnahmen, die nicht liberalisiert werden sollen (Negativlisten). Damit wird ein unbestimmt weites Feld dem Zwang zu Privatisierung und Deregulierung überantwortet.

Seit Kurzem wird darüber fabuliert, dass das Freihandelsabkommen TTIP zwischen USA und EU „tot“ sei. Das Freihandelsabkommen CETA zwischen Kanada und EU wird jetzt favorisiert und schöngeredet. Es sei besser als TTIP, weil es wesentlich mehr auf die Rechte der Menschen einginge.

Vorsicht! Das ist der Versuch die Pest durch die Cholera zu heilen. Und - TTIP wird offiziell und faktisch natürlich weiterverhandelt!

CETA lässt die Grundstruktur der neoliberalen/marktradikalen Freihandelsabkommen weiterhin unangetastet!

Auch CETA droht das europäische Vorsorgeprinzip auszuhöhlen. Der sog. Gemischte CETA-Ausschuss hat weitreichende Entscheidungskompetenzen und ist nur unzureichend demokratisch kontrolliert und legitimiert.

Eine substantielle Änderung oder Präzisierung von CETA ist im parlamentarischen Ratifikationsverfahren nicht möglich.

Die öffentliche Daseinsvorsorge ist in CETA nicht lückenlos geschützt und Stillhalte- und Sperrklinken-Klauseln schränken den demokratischen Handlungsspielraum speziell der Kommunen ein.

Und – CETA ist ein Trojanisches Pferd!

Selbst wenn TTIP „tot“ wäre: Wie TTIP sieht auch schon CETA (die „Blaupause“ für TTIP) eine Paralleljustiz für Investoren vor. Unternehmen können die Vertragsstaaten vor besonderen Schiedsgerichten verklagen, wenn sie ihre zukünftigen Profiterwartungen durch Gesetzgebungen eingeschränkt sehen.

Dann kommen auf die Staaten Klagen in Milliardenhöhe zu. Zugleich wird der Spielraum für eine Gesetzgebung zugunsten des Gemeinwohls erheblich eingeschränkt. Profitieren werden vor allem Transnationale Konzerne. Viele der

größten US-Firmen unterhalten in Kanada Niederlassungen. Über CETA würden sie die EU-Staaten verklagen können, selbst wenn das TTIP-Abkommen zwischen den USA und der EU scheitert.

Was wir wollen, fordern und brauchen ist nicht der Abbau, sondern dringend jedenfalls die Bewahrung und selbstverständlich darüber hinaus den wirksamen Ausbau von Verbraucherschutz-, Arbeitnehmerrechten, Umweltschutz, demokratischen Grund- und überhaupt Menschenrechten.

Und das gilt erst recht für die Menschen der sogenannten Dritten und Vierten Welt. Diese sind heute schon die Verlierer des marktradikalen Wirtschaftssystems. Die Freihandelsabkommen TTIP / CETA / TISA würden diesen explosiven Zustand für die Dritte und Vierte Welt weiter beschleunigen, brutalisieren und verfestigen. Die Erfahrungen mit anderen Freihandelsabkommen haben gezeigt, dass diese insofern im wahrsten Sinne des Wortes als „Brandbeschleuniger“ der Ungerechtigkeit und Ungleichheit dienen!

Wir sind daher entschieden gegen diese (Un)Freihandelsabkommen. Diese sollen nach dem unbedingten Willen des Neoliberalismus/Marktradikalismus der „Schlussstein“ des kapitalistischen Weltgebäudes sein. Wenn diese Freihandelsabkommen Realität werden, können Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherschutzverbände ihre Arbeit einstellen. Es wird dann faktisch nichts mehr geben, wofür diese Institutionen wirkungsvoll/erfolgreich kämpfen können. Das Kapital wird dann alles zu seinen Gunsten geregelt haben!

Wir stellen dem eindeutig entgegen:

Die Suche nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit.

Die Verneinung der Unterwerfung des Menschen unter den Mammon.

Die Ablehnung einer (Welt)Wirtschaftsordnung die tötet.

Die Botschaft des Regenbogens, dass kein Wesen jemals unterzugehen braucht und dass alle leben können.

Die Bewahrung der Schöpfung.

Das Streben nach dem Umwerfen aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.

Wir sind zu positiven Veränderungen und zur Abwehr des Negativen in der Lage, wenn wir es wirklich wollen:

An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.

An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird? Ebenfalls an uns.

Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?